

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Bundesminister Hans  
Matthöfer setzt die  
Schwerpunkte der För-  
schungspolitik für 1978.

Seite 1/2

Ludwig Fellermaier MdB  
fordert in einer EG-Bi-  
lanz, den Termin für die  
ersten Direktwahlen des  
Europa-Parlamentes ver-  
bindlich festzulegen.

Seite 3/4

Dr. Alfons Bayerl MdB  
analysiert, was die CSU  
unter der "Gemeinsamen  
Verantwortung des Demo-  
kraten" versteht.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 246

23. Dezember 1977

Eine Herausforderung an die Forschungspolitik

Forschung '78 an den Bedürfnissen der Gesellschaft orien-  
tiert

Von Hans Matthöfer MdB  
Bundesminister für Forschung und Technologie

Das letzte Jahr hat vielen Bürgern deutlich gemacht, wel-  
chen wichtigen Beitrag die Forschungs- und Technologie-  
Politik zur Lösung drängender Probleme leisten kann. Im  
Vordergrund standen dabei die Maßnahmen der Bundesregie-  
rung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Beseitigung  
wirtschaftlicher Strukturprobleme, insbesondere das Programm  
für Zukunftsinvestitionen.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie erhielt  
einen überproportionalen Anteil von einer Milliarde DM aus  
diesem Programm für Vorhaben in seinem Bereich. Diese große  
Summe ermöglichte es mir, die Aufwendungen in den Schwer-  
punktbereichen der Forschungspolitik wesentlich zu verstär-  
ken.

Das gilt insbesondere für die nichtnukleare Energieforschung:  
Im Rahmen des im März 1977 verabschiedeten neuen Energie-  
forschungsprogramms wurde die Weiterentwicklung fortge-  
schrittener und umweltfreundlicher Kohletechnologien ver-  
stärkt, die den von der Bundesregierung angestrebten vorran-  
gigen Beitrag der Kohle zu unserer Energieversorgung lang-  
fristig sichern helfen sollen. Auch die weitere Verbreitung  
der Fernwärme, die den Bedarf an Raumwärme umweltfreundlich  
und energiesparend decken kann, konnte 1977 durch Bereit-  
stellung zusätzlicher Mittel und durch die positiven Ergeb-  
nisse einer umfassenden Studie entscheidend vorangebracht  
werden und soll auch 1978 wieder einen Schwerpunkt bilden.  
Die besondere Bedeutung, die ich der Sonnenenergie für die  
Energieversorgung als Ersatz für das knapper werdende Erdöl  
im Bereich der Raumheizung und Wärmeversorgung und für die

Schaffung neuer exportfähiger Technologien beimesse, wurde durch das im September vorgestellte Programm Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie verdeutlicht. Das wesentliche Problem sehe ich gegenwärtig darin, den Einsatz von Solaranlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig zu machen. Dazu sollen auch 1978 neben einer intensivierten Forschungsförderung andere Maßnahmen der Bundesregierung beitragen, die den Einbau von Solaranlagen finanziell und administrativ erleichtern.

Von den anderen, für unsere Zukunft wichtigen Bereichen möchte ich nur noch die 1977 begonnenen Aktivitäten für eine verbesserte Innovationsberatung und einen verstärkten Technologietransfer nennen. Diese Maßnahmen sollen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die für die Erhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendigen technisch-wissenschaftlichen Neuerungen (Produkte und Verfahren) schneller und in größerem Umfang aufgegriffen werden. Das BMFT hat dafür - zunächst als Versuchsprojekte - verschiedene Innovations- und Technologieberatungsstellen gegründet und finanzielle Hilfen für die externe Vertragsforschung bereitgestellt. Diese Maßnahmen sollen noch verstärkt und Anfang 1978 in einem Gesamtkonzept zusammengefaßt werden.

Angesichts der schwerwiegenden und noch nicht gelösten Probleme der Arbeitswelt sollen die auch 1977 erfolgreich fortgeführten Forschungsvorhaben im Programm Humanisierung des Arbeitslebens im Jahre 1978 weiter verstärkt werden. Ich glaube, es ist eine vorrangige politische Aufgabe gerade einer sozialdemokratischen Forschungspolitik, im Interesse unserer Arbeitnehmer neben technisch-wissenschaftlichen Entwicklungen auch eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsbeziehungen in der Wirtschaft zu fördern.

Von besonderer Bedeutung für unsere Mitbürger wird das Programm Forschung und Technologie im Dienste der Gesundheit sein. Die besondere Aufgabe dieses Programms sehe ich darin, mit Hilfe von Forschung und Technologie neue, umfassende Methoden und Formen der Gesundheitsvorsorge, Krankheitsfrüherkennung und Krankheitsbekämpfung in Ergänzung und damit Verstärkung der bestehenden medizinischen Praxis zu schaffen. Damit sollen insbesondere die heute weit verbreiteten Krankheiten wie z.B. Krebs, Herz-Kreislauf-erkrankungen, psychische Erkrankungen und Rheuma bekämpft werden.

Auch in wichtigen anderen Bereichen wird es 1978 neue Programme geben, etwa im Bereich Produktionstechnik und Technische Kommunikation.

Als übergreifende Maßnahme neben diesen und den laufenden Programmen soll 1978 damit begonnen werden, die Analyse- und Prognosekapazität des BMFT zur Abschätzung und frühzeitigen Erkennung technologischer Auswirkungen von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen zu verbessern. Dies halte ich für eine wichtige Voraussetzung für eine rationellere und an den zukünftigen Bedürfnissen unserer Gesellschaft orientierten Forschungspolitik. Nur so kann die Forschungspolitik den an sie gerichteten Anforderungen auch in der Zukunft gerecht werden.

(-/23.12.1977/ks/hgs)

+ + +

### Wahltermin verbindlich festlegen

Die Europäische Gemeinschaft im Übergang zum Jahre 1978

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die Europäische Gemeinschaft ist auf vielen Gebieten tätig und beeinflußt das Leben der Bürger immer stärker. Drei Themenbereiche sind es wert, zum Jahresende näher beleuchtet zu werden: Der Übergang des Vorsitzes im Ministerrat von Belgien auf Dänemark, die Beitrittsanträge Griechenlands, Portugals und Spaniens, und die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die ja eigentlich im Mai/Juni 1978 stattfinden sollte.

Im ersten Halbjahr 1977 hatte Großbritannien den Vorsitz im Ministerrat inne. Diese Zeit war für die europäische Gemeinschaft und Großbritannien der Beweis, daß Großbritannien Mitglied der Gemeinschaft ist und bleibt.

Am 1. Juli 1977 übernahm Belgien den Vorsitz im Ministerrat. Unter dem Ratspräsidenten Henri Simonet, dem sozialistischen Außenminister der Koalitionsregierung Tindemans, entwickelte der Ministerrat eine fruchtbare Tätigkeit. Deshalb gelang es auch, alte Streitpunkte wie den Sitz des Jet-Projekts durch eine politische Entscheidung abzuschließen. Die Wahl des englischen Standortes Culham ist übrigens von der deutschen Öffentlichkeit zum Teil nicht verstanden worden. Mit dieser Entscheidung bewies der Ministerrat, daß Prozesse der Entscheidung nicht immer die Einstimmigkeit voraussetzen. Außerdem bekommt Großbritannien jetzt seine erste EG-Institution, und diese Tatsache wird sich sicher auch in der öffentlichen Meinung über Europa bemerkbar machen.

Zu betonen ist die parlamentsfreundliche Haltung der belgischen Präsidentschaft. Die sozialistische Fraktion hofft, daß diese hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten des Ministerrats und dem europäischen Parlament Gradmesser auch für nachfolgende Ratspräsidenten sein wird. Obwohl natürlich Sozialdemokraten den dänischen Ratspräsidenten, der am 1. Januar 1978 den Vorsitz übernimmt, herzlich willkommen heißen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß der ständige Wechsel der Ratspräsidentschaft der Kontinuität und politischen Entscheidungskraft dieses Organs nicht gerade förderlich ist. Deshalb wären die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft gut beraten, wenn sie auf ihrer nächsten Sitzung unter dem Vorsitz des dänischen Ministerpräsidenten Anker Jørgensen einen 12-Monats-Turnus beschließen würden.

Die sozialistische Fraktion konnte sich schon im November in Kopenhagen davon überzeugen, wie sorgfältig sich die Regierung Anker Jørgensen auf die Präsidentschaft vorbereitet hat. Sicherlich werden die dänischen Sozialdemokraten der Europäischen Gemeinschaft durch ihren Vorsitz neue Impulse geben, die sie dringend benötigt.

Die Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist weiterhin ungebrochen. Nach Griechenland haben Portugal und Spanien beantragt, als Mitglieder in die EG aufgenommen zu werden. Politisch stellte diese Erweiterung für die Gemeinschaft nicht nur eine Herausforderung, sondern zugleich eine Chance dar. Allen drei Ländern ist es in den letzten drei Jahren gelungen, das diktatorische Regime abzuschütteln und die politische Demokratie herzustellen. Damit haben sie ein Recht darauf, der Gemeinschaft der demokratischen Länder in Westeuropa beizutreten, wenn sie dies wünschen.

Deshalb sollen die wirtschaftlichen Probleme der Erweiterung aber nicht unterschätzt werden. Die Beitrittskandidaten werden sicherlich einige Zeit benötigen, um ihre Industrie und Landwirtschaft "beitrittsfähig" zu machen. Die alten Mitgliedstaaten werden massive Unterstützung leisten müssen, damit die drei Länder die notwendigen Entwicklungsschritte vollziehen können. Ihre politische Beteiligung an dem Entscheidungsprozess der Europäischen Gemeinschaft muß aber so bald wie möglich hergestellt werden.

Dabei darf die besondere Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Türkei nicht unerwähnt bleiben. Wenn auch die ökonomischen Verhältnisse in der türkischen Republik den im Assoziierungsvertrag vorgesehenen Beitrittsantrag noch lange nicht erlauben, so darf die Gemeinschaft auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, als ob die Türkei ein Partner minderen Ranges wäre. Deshalb wird die Einbeziehung der Türkei in einen konsultativen Prozeß im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit dringend zu prüfen sein.

Die Erweiterung der Gemeinschaft bietet im übrigen auch die Gelegenheit, sich ernsthaft mit einer Reform der Agrarpolitik zu befassen. Es wäre verhängnisvoll, wenn bei den Mittelmeerprodukten dieselbe Agrarpolitik entwickelt würde, die bei den "nördlichen" Produkten zu gewaltigen Überschüssen geführt hat. Eine Politik der hohen Preise kann Regionalpolitik, Strukturpolitik und Sozialpolitik nicht ersetzen.

Zum vorgesehenen Datum im Mai/Juni 1978 wird die Direktwahl des Europäischen Parlaments nach der Abstimmung im britischen Unterhaus über das Wahlverfahren nicht stattfinden können. Im Unterhaus fand sich keine Mehrheit für das Verhältniswahlrecht bei der Europawahl. Deshalb wird ein kompliziertes Verfahren zur Festlegung der Europawahlkreise notwendig, das viele Monate in Anspruch nehmen kann.

Die Staats- und Regierungschefs der anderen acht Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben auf der Sitzung des Europäischen Rates am 12. und 13. Dezember 1977 in Brüssel erklärt, in ihren Ländern könnte die Direktwahl stattfinden. Deshalb sind Parlamente und Regierungen der neun dazu aufgerufen, die Wahlgesetze in ihren Ländern so bald wie möglich zu verabschieden. Meinungsumfragen beweisen es: Der europäische Bürger interessiert sich mehr und mehr für die erste Europawahl. Sobald sich das Ergebnis der Wahlgesetzgebung in den neun Mitgliedstaaten abzeichnet, muß deshalb ein Wahltermin verbindlich festgelegt werden. Wenn es dazu nicht in Bälde kommt, werden sich Europas Wähler verschaukelt fühlen. Spekulationen, ob im Oktober 1978 oder vielleicht erst im Frühjahr oder Sommer 1979 gewählt werden kann, können die Tendenz zur Europamüdigkeit unter den Wählern noch verschärfen. Ein klares Wort des Ministerrats dazu ist jetzt fällig. Auch Großbritannien und die Regierung Callaghans muß dabei in die Pflicht genommen werden.

(-/23.12.1977/hi/hgs)

+

+

+

## Die CSU ist Meister in der Polemik

"Leistung" der Strauß-Brüderschaft 1977: Beitrag zu weiterer Radikalisierung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Das Jahr 1977 hat bestätigt: Die CSU ist nach wie vor die Partei der unbeschränkten Möglichkeiten in der Bereitschaft, alles, aber auch wirklich alles, niederzutrampeeln, was nicht ins Konzept ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß paßt. Der Auftrag für politische Parteien, politische Verantwortung für unser Gemeinwesen mitzutragen, ist aus dem Anspruchskatalog der CSU längst gestrichen. Die CSU hat 1977 niemals Verantwortung mitgetragen bei der Lösung wichtiger Sachthemen wie z.B. Arbeitsmarktpolitik, Kernenergie oder bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Vor diesem Hintergrund ist die kürzliche Äußerung des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Zimmermann zu bewerten, die CDU/CSU-Opposition werde in künftigen außergewöhnlichen Situationen nur unter bestimmten Voraussetzungen an Krisenstäben der Bundesregierung teilnehmen. Hat er die schäbige Spätember-Erklärung von Strauß verdrängt, daß es nicht Aufgabe der Vertreter der Opposition im "gemeinsamen Krisenstab" sein könne, die Verantwortung für Vorgänge zu übernehmen, "die Bundesregierung und Koalitionsparteien durch eine gegen die Opposition durchgesetzte Politik gefördert und infolgedessen allein zu verantworten haben"? Bereits zu dieser Zeit hat sich die CSU gemäß ihrer Sonthofener Krisenstrategie den Jagdschein für ihre parteipolitischen Polemiken ausgestellt.

Die einzige "Leistung" der CSU im zu Ende gehenden Jahr 1977 ist, die Polemik zur Meisterschaft gebracht zu haben; unser Gemeinwesen hat dabei keinen Stellenwert - bewußt oder unbewußt wird die freiheitliche rechtsstaatliche Ordnung demontiert. Signifikant dabei: Im Mief von Verdächtigungen, Verleumdungen und der Denunziation machen sich die Müllers, Sprangers zu "Wächtern" der Freiheit.

Die geistige politische Haltung der CSU hat Strauß unmißverständlich gezeichnet: Die folternde, mordende Militärdiktatur in Chile sei nicht mit Franziskanern zu vergleichen, die warme Suppe verteilen. Deutlicher hätte das Attest der Unfähigkeit der Opposition nicht ausfallen können. Und solche Herren fordern unermüdlich die geistige Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus! Dieses Problem haben wenigstens die CSU und ihre Freunde als Vehikel zur Verunsicherung mißbraucht.

Fazit: Die "Leistung" der Strauß-Brüderschaft 1977 war der Beitrag zu weiterer Radikalisierung in unserem Land.

(-/23.12.1977/ks/hgs)

+ + +

+ + Allen Lesern und Mitarbeitern  
+ + ein frohes Weihnachtsfest!